

# „Wir bekommen keine Bewerbungen mehr“

Krabbelgruppen-Träger stöhnen unter ungleichen Bedingungen. – Jetzt sind die Folgen spürbar.

SIGRID SCHARF

**SALZBURG.** Bei den privaten Trägern der städtischen Krabbelgruppen schrillen alle Alarmglocken. Der Grund: Sie bekommen kaum mehr gutes Personal – die Stadt Nachrichten“ berichteten.

Zum einen steigen die Lohnkosten in den Betrieben schneller als die Förderungen. Zum anderen schafft die unterschiedliche Entlohnung in öffentlichen (Gemeinde-)Kindergärten und den privaten Einrichtungen ein großes Ungleichgewicht. Seit dem Vorjahr sorgt das Land mit Gehaltsverbesserungen in öffentlichen Häusern nämlich dafür, dass die ihren Leuten um 300 Euro

wurde eindeutig vereinbart. Die Sonderförderung gilt AB 2016. Dementsprechend lautet auch der Regierungsbeschluss, der von allen Landesregierungsgliedern unterzeichnet ist. Diese Sonderförderung bleibt somit so lange aufrecht. Die das neue Fördersystem gilt

des Anliegers und auf der Grundlage von Vorarbeiten der Landesregierung im neuen Gesetz abhocken zu zeit arbeiten wir intensiv daran, die verschiedenen Anforderungen im neuen Gesetz abhocken zu können und eine weitestmögliche Harmonisierung der Strukturen (Kindergärten, Tagesbetreuung) zu erreichen. Zentrale Herausforderung dabei sind das Fördersystem und die Bedarfsplanung. Es hat sich abgezeichnet, dass ein In-Kraft-Treten des Gesetzes mit Anfang 2017 nicht realisiert werden kann. Die Vorgabe des Landtags (Unterausschuss) ist ein In-Kraft-Treten mit Mitte 2017.

Schreiben von Landesrätin Berthold: Vorerst kein neues Gesetz.

ro brutto mehr auszahlen können. Die Auswirkungen werden jetzt schlagend. Wir haben heute erstmals keine Bewerbungen von Bakip-Schülerinnen bekommen“, sagt Helmuth Schütz, Initiator der IG Kinderbetreuung, eines Zusammenschlusses der privaten Träger. Auch bei Erika

rechnen. „Nach Urgenz der IGERhielten die Privaten Ende 2015 „quasi als Trostpflaster“ 90 Euro brutto pro Vollzeitäquivalent und das Versprechen, diese Gehalts-lücke werde mit dem neuen Kinderbetreuungsgesetz, geplant für 2016, ohnedies geschlossen.

Allein: Das neue Kinderbetreuungsgesetz lässt auf sich warten. In einem Brief an die IG ließ Berthold ausrichten, es komme frühestens Mitte 2017. Schütz hat seine Ausbaupläne hintangestellt – wegen fehlender Planungssicherheit. Außerdem sorgt er sich, das Gesetz könnte vor den Wahlen weiter verschleppt werden: „Wir fühlen uns, gelinde gesagt, verarscht.“